

Anti-Lehrplan-Initiative ist eingereicht worden

Die Initianten wollen, dass sich das Volk zur Bildungsreform äussern kann.



Das Initiativ-Komitee hat 18'983 Unterschriften für die Anti-Lehrplan-21-Initiative eingereicht. Bild: Adrian Moser

Im Kanton Bern kann fast sicher das Volk an der Urne entscheiden, ob wichtige Lehrpläne künftig vor den Grossen Rat und eventuell das Volk müssen. Ein Komitee hat nämlich am Freitag in Bern 18'983 Unterschriften für ihre Anti-Lehrplan-21-Initiative eingereicht.

Das Komitee «IG Starke Volksschule Kanton Bern» reichte die Unterschriften am Freitag bei der Staatskanzlei ein und sagte vor den Medien, die Unterschriften seien von den Gemeinden beglaubigt. Deshalb dürfte die Volksinitiative «Für demokratische Mitsprache - Lehrpläne vors Volk!» fast sicher zustande gekommen sein.

Sind doch im Kanton Bern 15'000 gültige Unterschriften nötig, damit eine Volksinitiative dem Volk vorgelegt werden muss. Die Berner Kantonsregierung hat nun einen Monat Zeit, um festzustellen, ob die Initiative formell zustande gekommen ist.

Ist sie zustande gekommen, hat die Regierung ein Jahr Zeit, um dem Grossen Rat einen Antrag zu stellen. Wenn sie der Initiative einen Gegenvorschlag entgegenstellen will, sind es anderthalb Jahre.

Vor Grossen Rat - und eventuell Volk

Die Volksinitiative verlangt nicht direkt, dass der Lehrplan 21 dem Bernervolk vorgelegt wird. Vielmehr verlangt sie, dass nicht mehr die Kantonsregierung, sondern letztere und der Grosse Rat wichtige Lehrpläne und Lehrplanänderungen erlassen.

Grossratsbeschlüsse zu solchen wichtigen Lehrplänen oder Änderungen sowie interkantonale Vereinbarungen zu Lehrplänen sollen zudem dem fakultativen Referendum unterstehen.

Damit soll das Volk bei wichtigen Bildungsreformen mitreden können, sofern ein Komitee das Referendum ergreift.

Eine Übergangsbestimmung im bernischen Volksschulgesetz soll garantieren, dass auch Lehrpläne, die ab 2017 in Kraft gesetzt werden, dem Grossen Rat vorgelegt werden müssen. Damit zielen die Initianten auf den Lehrplan 21, ohne ihn direkt zu nennen.

Sie stört am Lehrplan 21 vor allem dessen konstruktivistischer Ansatz. Gemeint ist, dass Schüler künftig weitgehend selber ihre Lernprozesse steuern können. Die Lehrpersonen verlieren so ihre zentrale Bedeutung und würden zu Lernbegleitern, findet das Initiativkomitee.

Komitee-Mitglied Franziska Fuss kritisierte am Freitag auch Mehrkosten «ohne nachweisbaren pädagogischen Mehrwert». Zudem werde mit dem Lehrplan 21 «unter dem Deckmantel der Harmonisierung» ein Paradigmenwechsel durchgeführt: Vom Lehrplan als Mittel der Verständigung zwischen Öffentlichkeit und Schule hin zu einem Kontrollinstrument.

Eigentliche Abstimmung allenfalls 2020

Wenn das Bernervolk an der Urne der Volksinitiative zustimmen sollte, würde die Kantonsregierung den Lehrplan 21 wie gefordert dem Kantonsparlament vorlegen. Das sagte am Freitag der bernische Erziehungsdirektor Bernhard Pulver auf Anfrage.

Falls der Grosse Rat der Einführung des Lehrplans 21 zustimmen und gegen diesen Entscheid das Referendum ergriffen würde, käme es dann zur eigentlichen Abstimmung über die Einführung des Lehrplans 21 im Kanton Bern. Dies wohl im Jahr 2020, sagte Pulver weiter.

Bis dahin sehe er keinen Anlass, von den Vorbereitungen zur Einführung des Lehrplans 21 abzurücken. Er habe eine Vernehmlassung hinter sich und der Grosse Rat habe sich wiederholt hinter den Plan gestellt. Pulver hat Anfang Juli in eigener Kompetenz die Inkraftsetzung des Lehrplans 21 für Sommer 2018 festgesetzt und will ihn anschliessend etappenweise einführen.

Wenn sich aber das Volk 2020 gegen den Lehrplan 21 stellen sollte, so Pulver, bedeutete dies für ihn kein so grosses Problem. Denn anders als dies die Gegner des Lehrplans 21 jeweils darstellten, werde die Volksschule durch letzteren nicht auf den Kopf gestellt. Es gehe damit vor allem um eine Harmonisierung der Schule.

Umstritten auch in anderen Kantonen

Auch in anderen Kantonen ist die Einführung des Lehrplans 21 umstritten. Das Baselbieter Stimmvolk lehnte Anfang Juni eine Änderung des Bildungsgesetzes ab, welche dem Kantonsparlament die Kompetenz über die Einführung des Lehrplans 21 geben wollte.

In Appenzell Innerrhoden schickte die Landsgemeinde im April eine Initiative bachab, welche die Einführung des Lehrplans 21 verhindern wollte. Im Kanton Thurgau soll der Lehrplan 21 ohne Französischunterricht auf der Primarstufe eingeführt werden, was für viele Diskussionen gesorgt hat. (msl/sda)